

## **Antrag Nr. C 77 - BezV Ostwestfalen-Lippe**

### **Wir stehen zu unseren landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland und werden diese bei den Herausforderungen der Zukunft aktiv unterstützen**

Der 32. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

1. Die CDU Deutschlands erkennt die Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe in unserem Land an und wird mit einer ausgleichenden Politik dafür Sorge tragen, dass die gesamte Bevölkerung in Deutschland auch in Zukunft weiterhin mit Lebensmitteln aus heimischer Produktion ernährt werden kann.
2. Wir setzen uns ein für weniger Bürokratie und mehr wissenschaftlich fundierte Ursachenforschung in einer sich verändernden Umwelt.
3. Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher landwirtschaftlicher Betriebe muss im Europäischen Vergleich bestehen können. Es darf zu keiner weiteren Wettbewerbsverzerrung kommen und es muss eine nationale Umsetzung der GAP 2020 (Gemeinsame Agrarpolitik) erfolgen, die es den Landwirten in Deutschland ermöglicht, die Bevölkerung auch weiterhin mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln zu angemessenen Preisen zu versorgen.
4. Die CDU Deutschlands wird sich dafür einsetzen, dass ein einheitliches Messstellennetz zur Untersuchung des Nitratgehalts im Grundwasserkörper eingerichtet wird. Notwendig ist eine wissenschaftliche Herangehensweise, die die lokalen Gegebenheiten berücksichtigt, die Trägheit der Systeme anerkennt und den Boden auch in seiner Nährstoffversorgung/Humusgehalten schützt.
5. Der Bundesgesetzgeber wird aufgefordert, am Beispiel Nordrhein-Westfalens Regelungen zu schaffen, die es den Betrieben ermöglichen, nach den neu geforderten Standards der verschiedenen Stufen des staatlichen Tierwohlkennzeichens zu produzieren.
6. Die CDU Deutschlands bekennt sich zur ökologischen, ökonomischen und sozialen Verantwortung für die Landwirtschaft in Deutschland.

#### **Begründung:**

Die gesellschaftlichen Anforderungen an die Landwirtinnen und Landwirte nimmt stetig zu. Vom Klima-, über den Umweltschutz bis zum Tierwohl. Die Landwirtschaft übernimmt hier in ihrer Arbeit eine große Verantwortung und betreibt seit vielen Jahren einen großen Aufwand, diese Anforderungen zu erfüllen. Die zentrale Aufgabe der Landwirtschaft ist und bleibt es dabei, in ausreichender Menge Nahrungsmittel zu produzieren, um sicherzustellen, dass die Bevölkerung in Deutschland tagtäglich mit frischen, gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln versorgt wird. Ganz gleich ob Milchprodukte, Fleisch- und Wurstwaren, Gemüse, Brot oder Obst - die Landwirte sind Garanten für die Ernährung in unserem Land. In der aktuellen Diskussion sehen sich ganze Familien, die oft seit hunderten von Jahren und über viele Generationen hinweg, ihre Höfe bewirtschaften, politisch und gesellschaftlich zu Unrecht an den

Pranger gestellt. Deswegen positionieren wir uns ganz klar zur Landwirtschaft in Deutschland.

In der aktuellen Diskussion um Klima- und Umweltthemen werden landwirtschaftliche Betriebe, oftmals zu Unrecht, als vermeintliche Verursacher vieler Probleme identifiziert. Neben Lebens- und Futtermitteln erzeugt die Landwirt- und Forstwirtschaft aber auch nachwachsende Rohstoffe. So stellt die Fotosynthese in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau und Landschaftspflege eine besondere Wirkung unserer Schöpfung zur Reduktion von CO<sub>2</sub> dar.

Aktiver Natur- und Umweltschutz ist ohne Landwirte nicht möglich.

Es ist an der Zeit, die Debatten, sei es zur Düngeverordnung, Artenvielfalt, Haltungsformen in der Nutztierhaltung oder auch zum Pflanzenschutz, wieder wissenschaftlich fundierter und sachlicher zu führen. So sind beispielsweise Pflanzenernährung und Grundwasserschutz grundsätzlich kein Widerspruch. Notwendig ist aber eine wissenschaftliche Herangehensweise, die die lokalen Gegebenheiten berücksichtigt, die Trägheit der Systeme anerkennt und den Boden auch in seiner Nährstoffversorgung/Humusgehalten schützt. Ein enges regionales Messstellennetz zur Untersuchung der Grundwasserkörper muss Grundvoraussetzung sein. Jeder Probebrunnen ist einzeln auf Überschreitungen zu betrachten. Durch Kontrollbrunnen können Ursachen und Fließrichtung erkannt und gezielt beseitigt werden. Die anerkannten Maßnahmen der Wasserkooperationen, die in Nordrhein-Westfalen seit über 25 Jahren erfolgreich arbeiten, können genutzt werden. Das jetzige Messstellennetz lässt aufgrund seines groben Rasters keine ausreichenden Rückschlüsse und auch keine gezielte Ursachenforschung zu.

Ein weiteres Beispiel ist die aktuelle Diskussion um den Insektenrückgang. Hier handelt es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem. Die Landwirtschaft ist nicht der alleinige Verursacher, kann aber zu einem großen Anteil zur Lösung der Probleme beitragen. Denn, neben dem dringend benötigten wissenschaftlich begleiteten Monitoring, können die Landwirte in unserem Land durch verschiedene Agrarumweltmaßnahmen dem Artenrückgang entgegenwirken. Hier sind im speziellen die Länder gefordert durch entsprechende Maßnahmenpakete wirkungsvolle Programme weiterzuentwickeln.

Weiter ist die Nutztierhaltung der Zukunft zu nennen. Hier sind seit Jahren schon viele Anstrengungen unternommen worden, um steigenden Verbraucheranforderungen gerecht zu werden und das Wohl der Tiere zu Lebzeiten zu steigern. Die Landwirte im Land sind bereit, wenn es gesellschaftlich gewünscht ist, die Haltung von Nutztieren zu ändern. Um diese große Herausforderung auch umsetzen zu können, braucht es allerdings:

1. Verlässliche Rahmenbedingungen für Stallneu- und Umbauten. Diese müssen verbindlich festgelegt werden, um z.B. unter emissions- und baurechtlichen Aspekten Planungssicherheit zu erlangen.

2. Müssen die nötigen finanziellen Mittel für einen solchen Umbau der Landwirtschaft auch dauerhaft vom Verbraucher mitgetragen werden.

Das Land Nordrhein-Westfalen geht hier mit der vor kurzem vorgestellten Nutztierhaltungsstrategie beispielhaft voran.

Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW wird in den kommenden Monaten, im Schulterschluss mit Vertretern aus der Landwirtschaft, mit Verbänden und anderen Organisationen die Rahmenbedingungen für einen möglichen Umbau der Nutztierhaltung auf den Weg bringen. In einem fließenden Prozess sollen so Standards neu definiert werden, um den Landwirten im Land Planungs- und Genehmigungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Diesem praxisnahen Beispiel sollten andere Länder und der Bund folgen.